

Sächsische Volkszeitung

ersch. täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis: 1. 50 J. (ohne Postgeld), für Ostpreußen 1. 60 J. (ohne Postgeld).
Verlag: Sächsische Volkszeitung, Leipzig, Postfach 10 000.
Redaktions-Sprechstunde: 11-12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Druckerei: Sächsische Volkszeitung, Leipzig, Postfach 10 000.
Verlag: Sächsische Volkszeitung, Leipzig, Postfach 10 000.

Wer hat recht?

Berlin, 26. Dezember. Vom Kriegsschauplatz in Deutsch-Südwestafrika ist gestern folgende Meldung eingetroffen: Der Stamm der Bondelzwarts hat sich unterworfen; Johannes Christian mit seinem nächsten Anhang hat sich dem Oberleutnant v. Horff in Heirachabis gestellt. Die Zahl der Männer beträgt 120, der abgegebenen Kleinfabrikigen Gewehre 105. Zerstreute Banden und Stammesangehörige, die aus britischem Gebiete zurückkehren, sind in die Unterwerfung einbezogen. Kein Bondelzwart darf Schusswaffen tragen. Die Unterworfenen sollen bei Heeremanshoop und Kalkfontein Lokationen erhalten und dort unter militärischer Aufsicht in Lagern gehalten werden. Die Durchführung der Unterwerfungs-Bestimmungen wird noch einige Zeit erfordern. Auch stehen noch einzelne Banden von anderen Stämmen, wie Simon Copper und Fiedling, im Felde. Dazu bemerkt das offiziöse „N. N.“: An den hiesigen leitenden Stellen begt man in Uebereinstimmung mit dem Oberkommando in Südwestafrika die Zuerückführung der Kriegssache zu Ende gehen und die kolonialistische Arbeit in den weiten von ihm berührten Gebieten wieder beginnen kann.

Berlin, 26. Dezember. Nach einem heute aus Heeremanshoop eingegangenen Telegramm sind am 25. Dezember in Heirachabis weitere 35 Männer mit 19 Kleinfabrikigen Gewehren eingetroffen.

Zur unrichtigen Zeit kommt für die Wahlkampagne des Regierungsblocks die Beendigung des Aufstandes in Südwestafrika. Der Reichstanzler hat in seiner ersten Wahlrede im Reichstage am 13. Dezember zum Fenster hinaus das Schlagwort gerufen: Die nationale Ehre steht auf dem Spiele, weil das Zentrum 8 900 000 Mark von dem Reichstagskredit abstrich und verlangte, daß vom April 1907 von der Regierung Vorbereitungen getroffen werden, die Truppen allmählich bis auf 2500 Mann zu vermindern. Die so rasche Niedertwerfung des Aufstandes beweist besser als alles, daß die Regierung mit dem Worte „nationale Ehre“ ein unlautes Mandat getrieben hat. Im November hatte der Reichstanzler selbst erklärt, daß die Widerstandskraft der Rebellen gebrochen sei, daß nur noch 300 Gewehre im Felde stehen. Das Zentrum zog in Wahrung der Volksrechte daraus die Konsequenz und verlangte, daß die Heimberufung der Truppen in dem vor der Regierung vorgeschlagenen Maßstabe bis 1. April geschehe, dann aber Vorkehrungen getroffen werden, um nur noch 2500 Mann dajelbst zurückzulassen. Der Zentrumsantrag forderte also die volle Beendigung des noch bestehenden Kleinkrieges, verlangte die Verwendung von Polizeitruppen für das Transportwesen, technischen Arbeiten, Begebauten usw., denn der Polizeisoldat kostet im Jahre 4000 Mark, ein Mann der Schutztruppe aber 10 000 Mark. Die Beendigung des Aufstandes gibt der Zentrumspolitik recht und beweist den Leichtsin, mit dem kostspielige Forderungen im Namen der sich nur um finanzielle Operationen der Landgesellschaften in Südwestafrika und die Truppenlieferanten handelt. Dabei sind aber konservative und nationalliberale Männer engagiert, kein Wunder, wenn diese Parteien, deren Anhänger die Nationen von der Reichshauptstadt etwas schmaler bemessen werden, gegen das Zentrum Front machen.

Dem Herrn Kolonialdirektor D e r n b u r g droht durch die Unterwerfung der Bondelzwarts die Wahlparole fortzuschwimmen. Er wollte es durchsetzen, daß die Kommandogewalt allein die Höhe der Truppenzahl bestimme und der Reichstag nur das Geld dazu zu bewilligen habe. Er glaubt, wenn die Kommandogewalt und die Autorität des Generalstabes 100 000 Mann für diese oder jene Expedition erforderlich halten, so müsse der Reichstag ungeprüft alle Gelder bewilligen. Er meint, der Generalstab könne sich nicht irren; für die Maßnahmen „tragen die Parteien keine Verantwortung“ sagte Fürst Bülow am ominösen „13.“ Dezember. Ihm antwortete der Zentrumsabgeordnete Dr. S p a h n sofort, daß der „Reichstag sich für vollkommen mitverantwortlich“ hält. Die voraussichtliche Beendigung des Aufstandes hat die Kommandogewalt desavouiert. Sie ist es lieber zur Auflösung des Reichstages kommen, als daß sie sich mit einem Abstrich von 9 Millionen und einer mehr gebundenen Marschroute einverstanden erklärt hätte. Sie wollte mit aller Gewalt ihre Forderung durchsetzen, die dahin geht: Die Bekämpfung des Aufstandes fordere noch bis 1. April 1907 8268 Mann. Das Zentrum fügte sich diesem Urteil, verlangte jedoch von diesem Zeitpunkt an die Vorbereitung zur Truppenverringering, wie wir oben darlegten; das aber wollte die Kommandogewalt nicht. Nun stellt sich heraus, daß das Zentrum die Sachlage richtiger beurteilt hat als die Kommandogewalt. Die Niedertwerfung des Aufstandes wird den düstern Strich durch die Rechnung der Landgesellschaften und der Armeelieferanten machen, welche den Vorteil daraus in klingender Münze zogen, und denen an der Fortdauer des jetzigen Zustandes möglichst viel lag. Aber an der zweiten Stelle hat sie den Gegnern des Zentrums vor der Wahl arg das Konzept verborgen. Mit der Wahrung der „Ehre der deutschen Waffe“, wie der konservative Verein in seinem Wablaufusf sich vernehmen läßt, ist es nur nichts mehr. Unsere waderen Soldaten haben das viel besser allein besorgt, denn die Hilfe von

finanziell beteiligten Parteimännern ist sehr zweifelhafter Natur.

Politische Rundschau.

— Prinz August Wilhelm von Preußen hat sich mit der Prinzessin Alexandra Viktoria von Schleswig-Holstein verlobt.

— Dem Braunschweiger Staatsminister Dr. v. Otto wurden am 23. d. M. anlässlich seines 70. Geburtstages zahlreiche Rundgebungen und Ehrungen zuteil.

— Die Verlängerung des sommerlichen modus vivendi zwischen Deutschland und Spanien ist am 24. d. M. unterzeichnet worden. Diese läuft bis zum 30. Juni 1907.

— Kein Kulturkampf! Fürst Bülow läßt Rundgebungen publizieren, die ihm vom Stammtische zugehen. Heute wollen wir einen „Gruß aus Amerika“ mitteilen, der einem bisherigen Zentrumsabgeordneten zugegangen ist und der zeigt, wie in manchen Kreisen die Situation aufgefaßt wird; dieser „Gruß“ lautet: „Auch Jonen, vaterlandlosen Gesellen (vielleicht verkappter „Genosse“) einen frohen Gruß! Haben Sie noch gesunde Augen und Glieder? Ja, leider, Sie Lump, Sie Beschmutzer der deutschen Flagge. Ich wollte, Sie wären hier in Amerika, dann hätten Sie sicher schon himmelblaue Augen. Aber warte, balde, ach balde kommt auch Du. Wenn in Deutschland die Jugend erst mal das Vorn lernt, dann hat Dir und Deinen römischen Dienern die letzte Stunde geschlagen. Wäre ich in Deutschland, dann brauchtest Du Deuchler und Pharisäer, Du dreckiger Polensänger die Reichstagsauslösung nicht mehr abzuwarten. Ich schlage Dir, mit meinen „deutschen“ Häuten kräftig, und setze Dir auf Deine römischen Dienerrangen deutsche Säuerarigen. Aber Dir schlägt auch die letzte Stunde. Hier schlagen 10jährige Kinder solche Nationalverächter, wie Du es bist, kräftig. Drechsl, katholischer blöder Kirchenstrumpf.“ — Für eine „Fortsetzung“ der Publikation solcher und ähnlicher Zuschriften könnten wir bis zum Wahltag Sorge tragen.

— Das 500 000-Mark-Geschenk. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt offiziös: „Seit längerer Zeit wird in der Presse unter Berufung auf eine Stelle im Manuskript des un veröffentlichten Teiles der Denkwürdigkeiten des verstorbenen Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingensfüst die Behauptung erörtert, daß im Jahre 1893 im Zusammenhang mit der damals den deutschen Reichstag beschäftigenden Militärvorlage Papst Leo XIII. von Deutschland ein Geschenk in Höhe von einer halben Million Frank erhalten oder erbeten habe. Es sind hierüber eingehende Ermittlungen angestellt worden, die sich nicht nur auf die Durchsicht des amtlichen Materiales, sondern auch auf die Befragung von Persönlichkeiten erstreckt haben, die von der Angelegenheit, wenn wahr, Kenntnis haben müßten. Nach Abschluß dieser Ermittlungen stellen wir fest: es hat sich nicht der geringste Anhaltspunkt dafür auffinden lassen, daß dem Papst Leo XIII. unter den angegebenen Umständen von Deutschland eine Geldsumme angeboten oder zugewendet worden ist. Auch über die angebliche Aeußerung eines dahin gehenden päpstlichen Wunsches hat nichts festgestellt werden können. Wichtig ist, daß beim Jubiläum des verstorbenen Papstes nach der allgemein und auch von anderen Höfen und Regierungen beobachteten Sitte ein Jubiläumsgeschenk gemacht worden ist, das in einem kunstlerisch ausgeführten Schmuckstück bestand.“ — Es bleibt also nur übrig, daß die Nationalliberalen, die mit der „Enthüllung“ aus Hohenlohes Denkwürdigkeiten einen schweren Stein gegen das Zentrum zu schleudern dachten, die Regierung getroffen haben. Denn daß die Regierung im Jahre 1893 verurteilt hat, durch den Papst auf das Zentrum zu Gunsten der Militärvorlage einzuwirken zu lassen, das Zentrum aber seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit in politischen Dingen zu wahren gewußt hat, wird nicht bestritten. — Der vatikanische „Merkator Romano“ erklärt zu dem Dementi der „Nordd. Allgem. Ztg.“: „Wir haben davon abgesehen, diese unwürdige Erfindung zu dementieren, weil wir glaubten, den gesunden Menschenverstand und das Urteil unserer Leser dadurch zu beleidigen. Wir nehmen aber gern von diesem offiziellen Dementi Akt unter Anerkennung des Zartgefühlles, von dem es eingegeben ist.“

— Die konservative Presse bemerkt bereits, daß die Regierung bestrebt ist, den Nationalliberalen den Gassen in die Hände zu jagen. So schreibt die „Kreuzzeitung“: „Welch ein Wechsel der Konstellation! Vor wenigen Wochen noch glaubte diese Partei am besten ihre Rechnung zu finden, wenn sie voll Mut und Kraft gegen den Fürsten Bülow Front machte. Heute gefaßt sie sich noch weit besser in der Rolle einer gouvernementalen Partei, die freilich ihre Dienste nicht umsonst tun will. Die Sonne der Regierungsgnade hat ihre Ansprüche an die Parteien rechts und links demachen anwachsen lassen, daß es auch für die Konservativen oft nicht ganz leicht ist, ihnen mit der wünschenswerten Ruhe entgegenzutreten. Wir bestreiten dem Nationalliberalismus seine Bedeutung und seine Verdienste als Mittelpartei durchaus nicht. Je mehr die freisinnigen Gruppen ihre so oft zitierten „Wählermassen“ an die Sozialdemokratie verspielen, desto erfreulicher wäre es für uns, wenn wenigstens der nichtproletarische Rest dieser Massen zum Nationalliberalismus überginge. Aber die nationalliberalen Agitatoren verlangen vielfach von unseren Wählern im Namen der „in der Mitte liegenden Wahrheit“ eine

Selbstverleugnung, die einem Opfer des Intellekts gleichkäme.“ Deshalb suchen die Konservativen wieder mehr Fühlung mit dem Zentrum und die „Kreuzzeitung“ fährt fort: „Wir brauchen wohl nicht erst zu sagen, daß wir gerade deshalb, weil ein hartes Anwachsen der liberalen Mandate die Regierung und die konservativen Parteien zwingen würde, liberale Forderungen stärker zu berücksichtigen, eine Schwächung der konservativen Elemente im Zentrum nicht wünschen können. Vom Standpunkt des Liberalismus ist dies freilich „um so bedauerlicher“; da wir aber bekanntlich den konservativen Standpunkt vertreten, müssen wir wohl aber über den „Störenfried“ spielen und es den Nationalliberalen allein überlassen, wie weit sie uns und die Regierung zur stärkeren Berücksichtigung liberaler Forderungen zwingen können. Aber die naive Selbstverständlichkeit, mit der hier schon bei den Wahlen die Konservativen zur Selbstentföhrung zu Gunsten der liberalen (nicht etwa der nationalen) Forderungen verpflichtet werden sollen, ist charakteristisch für die Ansprüche, mit denen die Nationalliberalen von jeher das Kartell belastet haben. Der Nationalliberalismus ist der Löwe, dem die ganze Beute gehört, auch wenn er sie nicht selbst gemacht hat.“ Jedes Wort trifft den Nagel auf den Kopf; was an uns liegt, soll geschehen, um den Liberalismus unten zu halten! Er hat seine Rolle ausgespielt; er ist eine veraltete Erscheinung. Die Zukunft gehört ihm nicht. Für unser Vaterland wäre es das größte Glück, es gebe nur noch konservative, Zentrum und eine Linke; alles andere ist überflüssig!

— „Die nationalliberale Nebenregierung.“ Die Feststellung des Herrn R. Erzberger über das Treiben von nationalliberalen Abgeordneten haben in der nationalliberalen Presse gewaltig eingeschlagen; man kann kein Wort ablegen. Es handelt sich eben um lauter feststehende Tatsachen. Wir wiederholen nur eins: in der Öffentlichkeit hat man das Zentrum sehr angegriffen, weil es das Reichskolonialamt ablehnte. Unter der Hand aber haben, wie unser parlamentarischer Berichterstatter mitteilt, nationalliberale Abgeordnete an Zentrumsabgeordnete den Wunsch gerichtet, doch dafür Sorge zu tragen, daß die bayrischen Zentrumsabgeordneten da seien, damit das Reichskolonialamt sicher falle! Eine solche politische Heuchelei steht unerreicht da. Nun versuchen einige nationalliberale Blätter es mit folgenden Verdrehungen: „Ein Umstand vor allem scheint uns da noch sehr der Aufklärung bedürftig. Das Zentrum hat sich die Sache zu sehr bequem gemacht; es hat Herrn Roeren sozusagen „auf Zeit dimittiert“, um ihn alsbald wieder zu Gnaden anzunehmen und gar als Martyrer zu feiern. Es gibt aber Leute, die durchaus nicht daran glauben wollen, die Zentrumsfraktion habe von den Schritten die Herr Roeren zu Gunsten seines Schöplings Wüstba tat, so gar keine Ahnung gehabt. Sie meinen es sei doch sonderbar, daß die Zentrumsfraktion das Wüstbaische Material ein volles Jahr lang gekannt habe, und daß doch nichts davon in die Öffentlichkeit gedrungen sei. Die Herren seien doch sonst so zurückhaltend nicht, und es müsse schon seinen guten Grund gehabt haben, wenn diese Pandorabüchse von der gesamten Fraktion ein Jahr lang so sorgfältig gehütet und erst in diesem Monat im Reichstage feierlich geöffnet wurde.“ Hierzu schreibt uns ein bisheriger Zentrumsabgeordneter: „1. Die Zentrumsfraktion hat von den Schritten des Abg. Roeren keine Kenntnis gehabt; den Wüstbaischen und so weiter erfuhr sie erst im Reichstage; wer etwas anderes behauptet, der lügt einfach! Der Abg. Rören hat zweimal erklärt, daß er nur für seine Person gehandelt habe; der Abg. Erzberger hat unter Zustimmung der gesamten Zentrums fraktion, daß die Fraktion nichts hiervon gewußt habe. Es ist daher im höchsten Grade unaufrichtig, an diesen wiederholten Feststellungen etwas bemängeln zu wollen. 2. Es ist vollständig unwar, daß die Zentrumsfraktion das Wüstbaische Material ein volles Jahr gekannt habe; die Zentrumsfraktion kennt bis heute nicht dieses Material! Der Abg. Roeren hat Ende November 1906 über die Logeer Verhältnisse — die Verhaftung der Mission, die Prägelfrage und andere Scheuklaffeten — in der Fraktion berichtet und daraufhin ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß diese Dinge im Plenum behandelt werden. Der Abg. Roeren erhielt hierzu den Auftrag, das Wüstbaische Material hat weder Abg. Roeren noch ein anderer Zentrumsabgeordneter der Fraktion vorgetragen. Wer Gegenteiliges behauptet, sagt die Unwahrheit, R. Erzberger, Mitglied der Zentrumsfraktion der letzten Legislaturperiode.“

— Die Stimmung innerhalb der Zentrumspartei des Wahlkreises Vohum-Gelsenkirchener-Gattlingen-Witten für die Reichstagswahl ist die denkbar günstigste. Den Beweis lieferte eine am 23. d. M. in Vohum abgehaltene Vertrauensmännerversammlung. Trotz der Weihnachtszeit waren aus allen Teilen des Meienwahlkreises gegen 1000 Vertrauensmänner erschienen. Ueber die Hälfte gehörte der Arbeiterschaft an. Der Vorsitzende, Justizrat Diekamp, gab in seiner Ansprache einen kurzen Ueberblick über die politische Lage und schlug dann als Kandidaten für den Wahlkreis den Arbeiterssekretär Klost-Essen vor. (Säkularischer nicht enden wollender Beifall und Händeklatschen.) Die Diskussion eröffnete der frühere Kandidat des Zentrums Bergmann Verje-Eidel, die Kandidatur Klost's warm befürwortend. Die Arbeiterschaft danke dem Zentrum für das entschiedene Eintreten für die Arbeiterrechte, die Aufstellung einer Arbeiterkandidatur beweise abermals die Arbeiterfreundlich-